

Der Präsident, der „Mut zu einer neuen Politik“ hat*)

Die Ausblicke führender bundesdeutscher Politiker in das Jahr 1961, mit der Mahnung verknüpft, die Nerven zusammenzuhalten für die schweren „Auseinandersetzungen um die Erhaltung des Bestehenden“ (vgl. Heft 1/1961 dieser Zeitschrift) lassen erkennen, wie wenig der Deutsche auf die politische Wendung vorbereitet ist, die sich mit dem Regierungsantritt des neuen Präsidenten USA's vollzieht. Es wäre vermessen, nach kaum mehr als drei Wochen Amtstätigkeit eine Charakterisierung der Politik Präsident J.F. Kennedy's zu versuchen, wenn sich nicht bereits in dieser kurzen Zeitspanne klare, entschiedene Züge einer in Ziel, Methode wie Tempo neuen Politik abgehoben hätten. Den besten Zugang zu dem „Wendepunkt“ der Politik, wie es in der amerikanischen Presse ausgedrückt wird, gewinnt der Deutsche durch einen Rückblick auf die nun zu Ende gegangene Periode E i s e n h o w e r. Wer freilich, dem Bericht aus Washington in einer der größten bundesdeutschen Zeitung folgend, die acht Jahre Eisenhower'scher Präsidentschaft als eine Periode des Atemholens, des Ausruhens auffaßt, der wird kaum ein Verständnis für den Charakter der neuen Politik gewinnen und in ihr nur das bedauernd finden, was aus den Ausblicken auf die Zukunft in der Bundesrepublik herausklingt: Beunruhigung über die „Erhaltung des Bestehenden“. Auch entspricht die Charakterisierung der Eisenhower-Periode als eine solche des Atemholens keineswegs dem Urteil, das die Mehrheit der amerikanischen Politiker über sie hegt. Als Jahre der Lässigkeit, der Trägheit — supinenes — bezeichnet sie vielmehr Joseph A l s o p, der angesehene Journalist. Es sind die Jahre des Verschiebens dringlicher Lösungen, des Zauderns vor Entscheidungen aus Scheu vor den Kosten. Es ist eine Zeit des Hinhaltens, des Versäumens von Chancen, des Verlustes der politischen Initiative, des Hintreibens, des Verschleppens, des Verhandelns ohne den rechten Willen zu Lösungen, die Zeit des Vertröstens auf künftige Positionen der Stärke, die, wenn sie da sein sollten, sich als solche der Gegenseite erwiesen. Es ist die Zeit des politischen Finassierens, des Pokerspieles, des Bluffens und des Am-Rande-des-Abgrundes-Hinstolperns, die Zeit, die nicht nur in der Bundesrepublik zu der Weisheit führte, „zu halten, was man hat“ und dabei das, was man wirklich hält, wie jener Hund auf der Brücke verliert, der, um das Spiegelbild seiner Beute im Bach zu fassen, seinen Brocken fallen ließ. Wohin man blickt, welches Problem man anvisiert, es fehlt am Willen, ihm auf den Grund zu gehen. Es fehlt am Willen, die veränderte politische Wirklichkeit in ihren neuen Dimensionen, in ihrer endgültigen, nicht mehr rückgängig zu machenden konkreten Gestalt zu erkennen und als Grundlage des politischen Handels zu akzeptieren. Diese Politik, die eine Atmosphäre der Irrealität, des „als ob“ um sich verbreitet hat, die sich in dem Irrgarten der eigenen Propaganda mit ihren Verdrehungen und Halbwahrheiten verlaufen hatte, ist der Grund für den so ominösen Prestigeverlust der USA unter Eisenhower, den er nicht zugeben wollte, der aber durch die Veröffentlichung des Untersuchungsergebnisses durch Kennedy bestätigt worden ist. Wenn diese Politik, bei der niemand wußte, wie er wirklich dran war, was gespielt wurde, wo es ernst war, zu Ende ist, so wird das jeder begrüßen, der nicht das Zwielflicht dem vollen Tageslicht, die Halbwahrheit der Wahrheit vorzieht; und daß sie zu Ende

*) Vgl. Hermann Rauschning, Mut zu einer neuen Politik; Berlin, Kaethe Vogt, 1959.

ist, das ist das erste Charakteristikum der Politik des neuen Präsidenten. Was immer geschehen mag, ob Kennedys Politik zu ihrem Ziel führt, oder ob er tragisch scheitert, das eine Verdienst kann ihm schon jetzt nicht genommen werden, daß er durch den Dunst und Brodem der Illusionen und Phrasen durchgestoßen ist und seine Nation wie ihre Bundesgenossen zwingt, die Lage in ihrem ganzen Ernst zu sehen. Es ist nicht nur das Ende des status quo, das mit dem Regierungsantritt J. F. Kennedys unwiderruflich wurde. Nicht der Beginn des ersehnten „Tauwetters“ nach einem langen Winter des Mißvergnügens ist das Wesentliche. Es liegt nicht in eines einzelnen Menschen Vermögen, daß ihm der glorreiche Sommer durch Sonne folgen werde. Das Neue ist vielmehr, daß nicht nur die Sorge für das Bestehende im Vordergrund der Politik steht, sondern daß die großen, die wirklichen, die entscheidenden Probleme der Zukunft der Menschheit zum Thema der vorsorgenden praktischen Politik gemacht werden, die großen Probleme der Kooperation aller Völker in den Fragen der Friedenssicherung, der Hilfe für aufstrebende Völker und der Vorbereitung für das ungeheure Wachstum der Menschheit in der nächsten Generation; Themen, die bisher von den sogenannten „Realpolitikern“ der Tagesprobleme als solche von „Schwärmern“ unter den Teppich gekehrt worden sind.

Niemand wird den guten Willen des bisherigen Präsidenten, die Lauterkeit seines Charakters und seine ernstlichen Bemühungen um Frieden und Beilegung des Kalten Krieges bestreiten. Das ist auch in diesen Blättern wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Wie kein anderer verfügte er über ein Kapital von Autorität, Ansehen und Liebe, das es ihm ermöglicht hätte, die Gefolgschaft der Nation auch für schwierige und opfervolle, unpopuläre Handlungen zu gewinnen und Widerstände zu brechen. Er hat dieses Kapital nicht genutzt. Er hat Ansehen wie Autorität in kleiner Scheidemünze von Helfern und Gegnern vertun lassen. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß auch der beste Wille und lauterste Charakter in der Politik nicht ausreichen, stehen ihm nicht politisches Temperament und wohl gegründete Kenntnis des Metiers zur Seite, so ist es die einer nationalen Tragödie nahe kommende politische Unzulänglichkeit Eisenhowers. Während seiner Amtszeit hatten viele Möglichkeiten bestanden, die Weltlage zum Besseren zu wenden, wenn der Gewandzipfel Gottes, nach dem Bismarck'schen Wort, ergriffen worden wäre. Er wurde es nicht. So ist die Periode Eisenhower zur Amtszeit eines wohlmeinenden Nichtpolitikers geworden, die abermals erwiesen hat, daß nur derjenige, der das Handwerk der Politik von der Pike an in Staub und Schweiß erlernt hat, seinen Mann stehen kann, nicht der Amateur. Auch in diesem Punkt hat sich die Lage völlig geändert. Schon die ersten Maßnahmen des jugendlichen Präsidenten verraten die feste Hand des Sachkenners, des Mannes, der das „know how“ beherrscht, der, wenn nötig, mit Rücksichtslosigkeit und Zähigkeit, wie einst Franklin D. Roosevelt, den politischen Widerständen zu begegnen, aber auch Kräfte weitherzig und ohne Vorurteil zu sammeln und zu integrieren versteht. Nicht ein ehrwürdiges nationales Monument, sondern ein aktiver, ideenreicher Politiker voll Initiative, voller Aushilfen, jugendlich elastisch, ein Pragmatiker und trotzdem einer geistigen Konzeption gewisser Vertreter der aufsteigenden Generation sitzt nunmehr im Sattel der Macht der USA. Ein Mann, der sich nicht damit begnügt, der Regierungschef seiner Nation zu sein und die laufenden Tagesgeschäfte schlecht und recht zu erfüllen, sondern der als starke Persönlichkeit auch der bestimmende Faktor der Legislative sein, der seiner Nation nicht nur „neue Horizonte“ weisen, sondern sie zu erreichen helfen will.

Reden sind noch keine Taten. Aber die Rede J. F. Kennedys anlässlich des Regierungsantritts kommt einer solchen nahe. Man muß sie im englischen Wortlaut

lesen, statt in den schlaffen Worten des Nach-Hitler-Zeitungsdeutsch, um den Geist, die Sorge, den Ernst eines fast verzweifelnden Patrioten, aber auch den Willen und die Entschlossenheit, das sittliche Pathos und die Gläubigkeit zu spüren, die in ihr von dem ersten bis zum letzten Satz spürbar sind und sie himmelweit von den zusammengeleimten trivialen Regierungserklärungen üblicher Art unterscheiden. Diese Rede ist in ihrer Kürze und Klarheit ein großes Dokument; es ist die Dokumentation einer großen Persönlichkeit. Mit Recht hat man an die großen Reden Abraham L i n c o l n s mit ihrem sittlichen Pathos erinnert, das sich so grundtief von dem optimistischen Überlegenheitsbewußtsein späterer Präsidenten unterscheidet. Es ist derselbe tragische Ernst, der wie im amerikanischen Bürgerkrieg nun in einem fast ausweglosen Weltbürgerkrieg zum Ausdruck kommt. Der evangelistische und transzendente Geist Amerikas, das amerikanische Ideal seien nie besser ausgesprochen, rühmt James R e s t o n , der auch den Stil und die Musik der die Schönheit der englischen Sprache erneuernden Rede anerkennt. Er nennt sie ein revolutionäres Dokument, nicht nur beredt, sondern moralisch und sogar religiös, mit dem Willen, das nationale Leben wie die Beziehungen zu Freunden und Gegnern von Grund auf umzugestalten. Hier spräche kein Zyniker, der nur eine theatralische Vorstellung gibt, sondern jemand, der meint, was er sagt. Der amerikanische Idealismus habe sich in jugendlichem Ernst mit der amerikanischen Macht verbunden. Wer von der Wahrheit des französischen Wortes überzeugt ist — kann man hinzufügen —: le style c'est l'homme, der wird von dieser so weit aus den Niederungen politischer Dürrtigkeit sich erhebenden Rede wohl auf den Charakter des Autors schließen. Sie enthält sich aller billigen Versprechungen und ist ein einziger beredter Aufruf an die eigene Nation wie an die Gemeinschaft aller Nationen, sich der Größe der gemeinsamen Herausforderung zu einem neuen großen Fortschreiten der Menschheit gewachsen zu zeigen. Mit dem Sendungsbewußtsein der jungen, ganz dem 20. Jahrhundert angehörigen Generation erinnert der Präsident an den revolutionären Ursprung des amerikanischen Gemeinwesens und bekennt sich zu ihren Prinzipien der Menschenrechte und Freiheit, die Amerika mit aller Kraft bis zum letzten zu verteidigen willens sei, zugleich aber auch entschlossen, mit allen an den großen Aufgaben der Zukunft zusammenzuarbeiten. Er gelobt Hilfe für die aufstrebenden Völker, nicht um ihre Stimmen zu gewinnen, sondern weil es das Rechte sei. Er sagt eine Allianz des Fortschrittes mit den Nationen der westlichen Hemisphäre zu, um die Ketten der Armut zu sprengen; und er bekennt sich zu den United Nations als „unserer letzten Hoffnung in einem Zeitalter, in dem die Instrumente des Krieges weit die des Friedens überflügelt haben.“ Im Brennpunkt der Rede steht die fast beschwörende Aufforderung an die kommunistischen Mächte, sich zu einem neuen Versuch des Friedens bereit finden zu lassen, da die gegenwärtige Lage mit ihrem rasenden Wettlauf beider Mächtigkeitsgruppen, dem Versuch, das Gleichgewicht des Schreckens doch noch zu eigenen Gunsten ändern zu können, unerträglich sei. Nicht aus Furcht solle man verhandeln, aber auch nicht Furcht vor dem Verhandeln haben. Beide Seiten sollten sich der Probleme annehmen, die sie verbanden, statt sich mit dem abzumühen, was sie nur weiter trenne. Er fordert ernsthafte und präzise Vorschläge für die Inspektion und Kontrolle der Waffen und die Unterstellung der absoluten Zerstörungsmacht unter die absolute Kontrolle aller Nationen. Er schlägt vor, gemeinsam einen „Landeplatz der Kooperation im Dschungel des Mißtrauens“ zu schaffen und statt eines bloßen Machtgleichgewichtes zielbewußt eine „Welt unter dem Gesetz“ zu schaffen.

Das ist nicht angelsächsischer „cant“, als was der zynisch, skeptisch und bitter gewordene Nach-Hitler-Deutsche, offenbar keines Aufschwunges mehr fähig, ge-

neigt sein wird, den hochgemuten Appell der Kennedy'schen Rede abzutun. Es ist der Ausdruck eines neuen „mood“, einer neuen Stimmung, wie es einige Kommentatoren sehen, eines Geistes, der sich in Teilen der jüngeren Generation Amerikas von der Ratlosigkeit der früheren „lost generation“, der „angry young men“, der „beatniks“ und dem Verlorenen des „Age of Anguish“ abzuheben beginnt, einer Generation sehr robuster Realisten, aber eines Realismus mit geistigen Direktiven. Ab sie sich gegenüber den dem Materialismus und Egoismus und der Bezauberung von den modernen Wundern des großen „Warenhauses für kleines Glück“ verfallenen Massen durchsetzen und weitere sehr schwierigere Hindernisse werden überwinden können, ist eine andere Frage. Vielleicht kann man das, was sich in USA unter Präsident Kennedy anzumelden beginnt, mit dem vergleichen, was vor einigen dreißig Jahren deutsche „ver zweifelnde Patrioten“ und die jüngere Generation zu ihrem „Aufbruch“ führte, zu einer echten Bewegung nationaler und sozialer Erneuerung, die, von der saumseligen Sozialdemokratie im Stich gelassen, von dem an seine eigene politische Philosophie nicht mehr recht glaubenden deutschen Liberalismus mit Achselzucken abgefer tigt, vom Nationalsozialismus in Gemeinschaft mit der deutschnationalen Reaktion mißbraucht und korrumpiert worden ist. Aber der amerikanische Aufbruch braucht nicht einen ähnlichen Weg zu gehen; er kann zu einer wirklichen Erneuerung, zu einer neuen Phase der amerikanischen Revolution führen, im Beispiel und der Nachfolge von Franklin D. Roosevelts „doktrinloser“ Revolution, aber in einem weit umfassenderen Maße und mit einem viel weiter gespannten Ziel als sie. Der neue Geist hätte, wie Roscoe D r u m m o n d aus Washington erläutert, mit der Erkenntnis zu beginnen, daß „politics as usual“ und „business as usual“ so wenig den Frieden in den 60er Jahren gewinnen könnten, wie der Krieg in den 40er Jahren so hätte gewonnen werden können. Es gelte ein neues nationales Klima zu schaffen, in dem die Nation bereit sei, mehr von sich selbst zu verlangen und zu geben, und willens sei, einige Fransen am Konsumenten-Luxus wegzuschneiden. Könne der Präsident die Nation zu einer bereitwilligen Antwort darauf aufwecken, urteilt das „Nationalkomitee für einen wirksameren Kongreß“, so wird er eine „chemische Änderung in dem politischen Körper“ hervorgerufen haben.

2.

In einer zweiten Rede, in seiner Adresse über den Stand der Nation im Kongreß, hat der Präsident versucht, diese Änderung durch eine aufrüttelnde Warnung in Gang zu bringen. Es ist ein ungewöhnlich dunkles Bild, das er im Gegensatz zu den sonstigen Gepflogenheiten von der Lage entwirft, eine Beurteilung, die sich weit von der ungleich günstigeren durch Eisenhower's letzten Bericht unterscheidet. Nicht seit den Tagen Pearl Harbour's habe ein Präsident eine so düstere Charakteristik der Lage gegeben, registrierte die Presse. An der Heimatfront: die Wirtschaft ist im Griff einer ernsten Rezession. Die Arbeitslosigkeit, zur Zeit 5,5 Millionen betragend, ist im Ansteigen. Die Bankrotte häufen sich. Das Verdienstvolumen schrumpft. Die Expansion der Wirtschaft ist unzureichend. Ein besonderes Problem ist die passive Zahlungsbilanz, die zu einem bedenklichen Goldabfluß geführt hat. An der Weltfront: klipp und klar in Frage gestellt ist es, ob eine Nation, so organisiert und regiert wie die Vereinigten Staaten, bestehen und ausdauern könne. Jeder Tag läßt die Gefahr wachsen. Die Zeit rennt davon.

Es ist ein grimmiges Bild, das der Präsident von der Gesamtlage der Nation entwirft. Er beschönigt und vertuscht nichts; betont die Schwächen und Versäumnisse. Fast könnte man an die Absicht, mit einer Art Schocktherapie die Nation aufzuwecken, denken. Von mancher Seite wird die Meinung vertreten, es sei

etwas zuviel des Guten. Wenn sich gewichtige Stimmen aus naheliegenden Gründen bemühen, klar zu machen, daß der Ernst des Präsidenten mehr die außenpolitische Lage betreffe als die Wirtschaftslage, so kann doch nicht abgestritten werden, daß seit der großen Weltwirtschaftskrise der frühen 30er Jahre die amerikanische Wirtschaft sich nicht in einer so unbefriedigenden Lage befunden hat wie jetzt. Ob man sie als Rezession oder Stagnation bezeichnen will, ist nicht das Entscheidende. Den deutschen Leser wird es weniger interessieren, was der Präsident in seiner Botschaft und in einem 12-Punkte-Programm, das er Haus und Senat zugehen ließ, zur Abhilfe forderte. Es sind vorläufig kleine Aushilfen, und man kann zweifeln, ob sie ausreichen werden, wenn sie nicht nur als Soforthilfen kräftig durchgreifende Maßnahmen vorbereiten sollen. Der Präsident hat die Nation nicht im Zweifel gelassen, daß er in einem Konflikt zwischen Voll-Beschäftigung und Preisstabilität sich zur Expansion der Wirtschaft entscheiden und sich über eine Inflation erst später den Kopf zerbrechen werde. In welcher Weise eine Kombination inflatorischer mit deflatorischen Maßnahmen notwendig sein wird, ob direkte Eingriffe der Regierung in das Preisgefüge wie in die Lohnstruktur notwendig sein werden, wird die nahe Zukunft erweisen. Denn mit der Methode Coué, wie es „Fortune“, die große Monatsschrift für Big Business versucht, mit gutem Zureden und Vertrauen allein ist die aus dem Leim geratene amerikanische Wirtschaft nicht zu kurieren und kann die Entwicklung der augenblicklichen Rezession zu einer wirklichen Depression nicht verhindert werden. Zu vieles stimmt nicht zueinander. Den deutschen Leser wird in diesem Zusammenhange die Frage der Rückwirkung auf die deutsche Lage interessieren. In einem Punkte, der passiven Zahlungsbilanz Amerikas, ist sie auf sehr empfindliche Weise in Mitleidenchaft gezogen worden, durch die strikte Forderung Amerikas, die Bundesrepublik solle ihre Gold- und Devisenreserven aus der eigenen aktiven Zahlungsbilanz in einer sehr zu Buch schlagenden Weise verwenden, um Amerikas Zahlungen für auswärtige Hilfe abzulösen. Dabei interessiert die Frage nach der Dauer der amerikanischen Rezession, die von bundesdeutscher Seite nur als eine vorübergehende Konjunkturschwankung aufgefaßt wird. Ohne daß hier auf eine Charakterisierung der amerikanischen Wirtschaft eingegangen werden kann, muß doch soviel gesagt werden, daß die Hoffnungen der Bundesregierung auf eine baldige Erleichterung der wirtschaftlichen Lage Amerikas kaum gerechtfertigt sind. Das sehr komplexe Wirtschaftssystem ist seit längerer Zeit falsch geleitet worden. Die Lohnstruktur hat die Produktivität überholt. Die Preise sind überhöht, die Produktion vielfach zersplittert. Amerika ist in dem Wachstum seines Wirtschaftsvolumens von den Konkurrenzländern der sogenannten freien Welt weit überholt worden. Verglichen mit dem Wachstum der Arbeitskraft steht die Industrie praktisch still, auf der Stelle. Dem ist nicht allein mit Spritzen abzuheilen, nicht mit Defizitpenden, Steuerermäßigungen. Hinter der Rezession steht vielmehr ein sehr viel ernsteres Problem als das einer vorübergehenden Konjunkturkrise. Das unzulängliche Wachstum der amerikanischen Wirtschaft, die Unstimmigkeiten in der Preisbildung und in der Lohnstruktur deuten auf eine große Strukturkrise des amerikanischen Wirtschaftssystems. In ihrer gegenwärtigen Verfassung ist die amerikanische Wirtschaft schlechterdings nicht mehr konkurrenzfähig. Stahl z. B. ist im Begriff, den Markt anderen Ländern zu überlassen. Ist das amerikanische Produkt schon nicht der Konkurrenz anderer Länder des Westens gewachsen, wie soll es der Konkurrenz der straff disziplinierten Wirtschaft der kommunistischen Länder standhalten! Die Konkurrenz eines so abhängigen Landes wie die Bundesrepublik wird man durch nachhaltigen Druck, das Lohnniveau und damit die Produktionskosten zu erhöhen, vielleicht aus dem Felde schlagen können. Dasselbe ist anderen Ländern gegenüber nicht möglich.

Man wird von dem neuen Präsidenten annehmen dürfen, daß er die Notwendigkeit einer revolutionären Wandlung des amerikanischen Wirtschaftssystems in ihrer Bedeutung voll erkannt hat, und daß es diese Erkenntnis ist, die den Ernst seines Ausblickes bestimmte, nicht das oberflächlicher Kritik geringfügig erscheinende Krisensymptom. Dem Präsidenten unterstellen, daß er selbst nicht an die lange Dauer wirtschaftlicher Schwierigkeiten glaube, weil die amerikanische Wirtschaft von immenser Stärke und ausreichend flexibel sei, so daß es nur gewisser Anpassungen bedürfe, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, heißt den Ernst, die Aufrichtigkeit und die tiefere Sorge Kennedys verkennen und die Wirkung seiner Einsicht abschwächen. Er sieht die amerikanische Wirtschaft nicht als isoliertes System, das sich in der Isolierung gesund erhalten kann, sondern als Instrument in dem großen Zusammenhang einer auch wirtschaftlich zu einer Einheit kommenden Welt; er sieht ihre neue Funktion, er realisiert ihre unlösbare Verbindung mit den politischen Aufgaben der USA. Sein Urteil ist von der Zukunft her bestimmt, nicht von der Gegenwart mit ihrer kurzfristigen Betrachtungsweise. Wie der Präsident allerdings dem Dilemma begegnen und vermehrte Regierungsausgaben mit der Erhaltung des Dollarwertes, einem ausgeglichenen Budget ohne Inflation und ohne protektionistische Maßnahmen vereinen will, das ist vorläufig noch nicht absehbar. Was seine Politik bisher auszeichnet, ist der rücksichtslose Mut zur Wahrheit, das Unterlassen jeder Beschönigung. Er geht der Selbstgefälligkeit und dem Überlegenheitsgefühl des Amerikaners zu Leibe und zeigt, daß der erste Platz in der Welt nicht eine Selbstverständlichkeit sei, daß das reiche Volk mit dem höchsten Lebensstandard sein noch nicht heißt, die Führung in der Welt zu haben und zu behaupten. Daher seine Bemühungen um eine bessere wissenschaftliche Erziehung, in der Amerika sichtbar auf einen zweiten Rang zurückgeglitten ist. Mit Recht hebt die Würdigung der Politik Kennedys nicht nur ihre Aufrichtigkeit und Festigkeit hervor, sondern auch, daß mit ihr Amerika von der Defensive und dem bloßen Widerstand nun zur Offensive übergegangen ist.

Das wird auch in dem Nachdruck sichtbar, mit dem der Präsident die Rüstung der Vereinigten Staaten zu verstärken und bestehende Lücken schnellstens zu schließen fordert. Daß diese Bestrebungen im Widerspruch zu den Forderungen stehen, mit Abrüstung und Rüstungskontrollen einen dauerhaften Frieden zu begründen, braucht den Politiker nicht zu beschweren; denn die Notwendigkeit, beides zu gleicher Zeit zu betreiben, liegt angesichts der Schwierigkeit und Langfristigkeit von Verhandlungen, Abmachungen und ihrer Durchführung, mit unausbleiblichen Krisen, zu offen da, als daß es besonderer Rechtfertigung bedürfe. Der Präsident hat in diesem Zusammenhang die Bemerkung gemacht, man dürfe keine Schwäche zeigen, die den Gegner veranlassen könnte, seine überlegenen Machtmittel schließlich doch noch politisch einzusetzen. Wie und wann indessen, angesichts dieser widerspruchsvollen Lage der Absprung von der Aufrüstung in die Abrüstung gewagt, wie man um die prekäre Ecke herumkommen soll, das bleibt ungewiß. Es muß auch hier auf Einzelheiten in den geforderten Maßnahmen verzichtet werden, die vielmehr einer besonderen Untersuchung überlassen bleiben müssen. Eines Zweifels über die Richtigkeit eines in diesem Zusammenhang geäußerten Satzes des Präsidenten können wir uns indessen nicht enthalten. Er hat in seiner Inauguralrede gesagt: „Nur wenn unsere Waffen über jeden Zweifel hinaus ausreichend sind, können wir über jeden Zweifel gewiß sein, daß sie nie angewandt werden.“ Gibt es eine Formel für das ausreichende Maß an Rüstung, kann es eine solche überhaupt geben? Dabei werden die zwei schlimmsten Kriegsgefahren außer Acht gelassen: der Krieg aus bloßem Irrtum und der Atomkrieg als unausbleibliche Steigerung eines als „begrenzte Aktion“ mit „konventionel-

len“ Waffen begonnenen Krieges. In welcher Vernichtungsgefahr die Menschheit in jedem Augenblick steht, wie nur um Haaresbreite die Katastrophe gerade noch eben vermieden worden ist und aus welchem geradezu lächerlichen Zusammenreffen an sich belangloser Irrtümer und Fehlleistungen die Katastrophe heraufbeschworen werden kann, beweist jenes lange geheimgehaltene Vorkommnis im Oktober vorigen Jahres, als eine Warnungsstation in Thule durch eine falsch interpretierte Radarmeldung das amerikanische Strategische Luftkommando in den äußersten Alarmzustand brachte.

Bei näherer Prüfung stellt sich das Militärprogramm Kennedys als ein sehr maßvolles heraus. Nach dem Urteil Sachverständiger handelt die Administration in ihren Vorschlägen mit bemerkenswerter Vorsicht. Es werden 53 neue Transportflugzeuge gefordert, davon 30 Düsenflugzeuge. Das Polaris-Unterseeboot-Programm soll beschleunigt durchgeführt werden. Das ist kaum mehr als eine Vorausverlegung der Ablieferungstermine bereits beschlossener Ausweitungen der Rüstung. „Viel Geschrei und wenig Wolle“ erbrachte die Auseinandersetzung über die ominöse Raketenlücke. Es ist zweifelhaft, ob eine solche Lücke überhaupt besteht. Die Sowjets sind auf einigen Gebieten Amerika beträchtlich voraus; an anderen Punkten hat Amerika die Überlegenheit. Mit der minute-man-Rakete, mit einer Reichweite von 4600 Meilen, besitzt Amerika auf diesem Gebiet eine wirksame Waffe. Wichtiger und künftige, besonnene Entscheidungen verheißend ist des Präsidenten Anordnung, Studien anzustellen über die strategischen Waffen und die Abschreckungsstrategie, über die Voraussetzungen einer begrenzten Kriegführung und über die Militärbasen und Installationen außerhalb der USA. Man wird daraus auf den Willen schließen müssen, auch im militärischen Sektor aus den bisherigen, für allzu erwiesen gehaltenen Theorien und Doktrinen mit Bezug auf die tatsächliche Weltlage heraus und der Sache auf den Grund zu kommen. Die Frage, ob und wie weit Basen im Ausland noch notwendig sind, kann zu erheblichen politischen Erleichterungen in den Beziehungen zu Rußland führen, da einige dieser Basen eine direkte Bedrohung des russischen Territoriums und eine Provokation darstellen, die sich ein starker, souveräner Staat auf die Dauer nicht gefallen lassen kann, so wenig Amerika solche Installationen unmittelbar vor seinen Toren, etwa in Kuba, dulden würde. Was die Doktrin des „Buschfeuer-Krieges“ anlangt, so ist die Lehre des auch in der Bundesrepublik sattem bekannten Kriegsprofessors Kissinger, die er soeben durch ein neues Buch „The necessity of choice“ weiter entwickelt hat, in ihren Voraussetzungen wie der Schlußfolgerung, die „massive Abschreckung“ durch eine „gestufte“ zu ersetzen, äußerst fragwürdig. Würde sie akzeptiert, so würde das voraussichtlich dazu führen, daß auch auf diesem Gebiet die Bundesrepublik wie in der Frage der Zahlungsbilanz die Rechnung würde bezahlen müssen. Es würde zu einer erheblichen Vermehrung der Fußtruppen mit „konventionellen“ Waffen, statt der von dem bundesdeutschen Kriegsherren erwünschten Ausstattung mit Atomwaffen kommen, die aber mit ziemlicher Sicherheit nicht zu erwarten ist. Richtig ist, daß angesichts der Doppelseitigkeit totaler Zerstörungsmöglichkeit die atomare Abschreckung höchstens noch in der Verteidigung der wichtigsten Gebiete, d. h. Nordamerikas selbst wirksam ist. Die massive Vergeltung hat jede Glaubwürdigkeit, etwa in Verbindung mit der Frage Berlin oder Deutschland, verloren. Die richtige Schlußfolgerung aus dieser Tatsache ist nicht auf militärischem, sondern auf politischem Gebiet und allein auf ihm zu ziehen. Man wird indessen das Resultat der angeordneten Untersuchungen abwarten müssen, um Kennedy's Militärpolitik beurteilen zu können. Bis dahin wird man aus der Anordnung selbst entnehmen dürfen, daß der Präsident auch auf diesem heiklen Gebiet der Wahrheit auf den Grund kommen

und mit lieb gewordenen, halb durchdachten Theorien und Machtpositionen in seinem Willen zur Sachlichkeit aufräumen will.

Ehe diese Betrachtung sich dem eigentlichen, dem außenpolitischen Gebiet, auf dem allein die großen, lebenswichtigen Entscheidungen für alle Nationen fallen, zuwenden kann, ist es notwendig, noch einen kurzen Blick auf Maßnahmen zu werfen, die der Präsident zur Sicherung seiner Autorität und der Durchführung seiner Politik eingeleitet hat. Auch hier wird die Umsicht und der Realismus „JFK's“ evident. Wie in der Wirtschaft wird hinter den konkreten Maßnahmen ein weiter zielender Wille und eine Einsicht in die innere Struktur des amerikanischen Gemeinwesens sichtbar, die in Verbindung mit der praktischen Politik nicht häufig ist. Wer nicht nähere Kenntnis über das Funktionieren des amerikanischen Regierungssystems besitzt, wird die Bedeutung der Kabinettsbildung und einiger Maßnahmen des neuen Präsidenten nicht richtig würdigen. Der Präsident soll zwar immer mit dem Rat seines Kabinetts regieren, aber er bedarf nicht dessen Zustimmung. Wesentlich stärker als der deutsche Bundeskanzler bestimmt er die Politik. Aber er ist keineswegs gewiß, daß seinen Anordnungen Folge geleistet wird. Der Präsident hat es in der Hand, auf verschiedene Weise mit seinem Kabinett zu arbeiten. Eisenhower delegierte seine Macht zu freigiebig und behielt die letzte Entscheidung und Kontrolle nicht immer in der Hand. Auch muß jeder Präsident mit dem unerschütterlichen Beharrungsvermögen der Bürokratie und gelegentlich sogar mit ausgesprochener Obstruktion der Ämter in der Durchführung seiner Anordnungen rechnen. Selbst dem so gewiegten und erfahrenen Taktiker Franklin D. Roosevelt ist das gelegentlich unterlaufen. Nebenzentren einer eigenen, fast autonomen politischen Willensbildung haben sich in den Jahren seit dem zweiten Weltkrieg herausgebildet. Das über fast die Hälfte des amerikanischen Budgets disponierende „Pentagon“ mit der damit verbundenen wirtschaftlichen Macht hat zu einer Gruppenbildung geführt, die C. Wright Mills als die „Power Elite“ (in seinem bekannten Buch desselben Titels) bezeichnet. Die Interessengemeinschaft des Militärs mit der Schwerindustrie ist ein Phänomen, das früher schon in Deutschland wesentlich zu einem besonders radikalen Militarismus des Militärs wie des Zivils geführt und zur Machtergreifung des Nationalsozialismus beigetragen hat. Der neue Präsident hat es verstanden, bereits in den ersten Tagen seiner Regierung wenigstens einer, sich zu einer groben Gefährdung der amerikanischen Außenpolitik entwickelnden Anmassung dieser Gruppe, nämlich eigenmächtigen Appellen der Generale und Admirale an die Öffentlichkeit über militärische und politische Fragen, durch eine Art „Maulkorbverfügung“ Einhalt zu gebieten. Der eigentliche Kampf mit dieser Gruppe, die starken Einfluß im Kongreß wie in der Presse besitzt, steht indessen dem Präsidenten noch bevor. Es wird nicht leicht sein, den auch von Eisenhower in seiner Abschiedsadresse gebrandmarkten „military-industrial complex“ unter Kontrolle zu bringen. Ihm ist es, trotzdem er die Autorität eines militärischen Fachmannes besaß, jedenfalls nicht gelungen.

Der Präsident hat einen Stab von Männern zusammengerufen, um aus ihnen sein Kabinett zu bilden, dessen personelle Zusammensetzung an sich schon ein Programm und ein Beispiel wohl überlegter Planung und kluger Berücksichtigung wichtiger Kräftefelder ist. Der belesene und historisch gebildete Präsident ist allem Vernehmen nach ein geschickter Taktiker, nicht nur ein vorausschauender Planer, der durch sich in ihren Kompetenzen überschneidende Zuweisung der Aufgaben an mehrere Mitarbeiter, wie Roosevelt, die letzte Entscheidung in allen wichtigen Fragen sich selbst sichert. Eine Charakterisierung der im Vordergrund des Interesses stehenden Persönlichkeiten im einzelnen soll hier nicht versucht werden. Der deutsche Leser wird über sie durch die deutsche Tagespresse unter-

richtet sein. Es genügt zu sagen, daß es ein Team überwiegend junger, tatkräftiger, praktischer Männer ist, mehr oder weniger alle Pragmatiker, im persönlichen Leben erfolgreich. Unter ihnen befindet sich auch ein bekannter Neger. Einige der Mitglieder opfern, um der Mitarbeit willen, erhebliche Vermögen und Einkünfte, einer drei Millionen Dollar. Es sind Persönlichkeiten, die der Sache dienen; es sind Männer, die sich innerlich verpflichtet fühlen, die nichts für sich selbst erreichen wollen. Politisch aufschlußreich ist die Ernennung des erfahrenen und in der Bundesrepublik wohl bekannten John J. McCloy zum Chef der Abrüstungsangelegenheiten. Als Hoher Kommissar der Bundesrepublik wurde er, in der Charakteristik der amerikanischen Presse, der „Architekt, der dieses Land aus militärischer in zivile Kontrolle überführte“, eine Aufgabe, die auf einem anderen Niveau aufs neue in Deutschland gestellt werden könnte. Nicht weniger wichtig und bezeichnend ist die Berufung George F. Kennans, des bekannten außenpolitischen Non-konformisten, auf einen wichtigen Auslandsposten, eines Mannes, der schon durch seine Kenntnis des Russischen für die künftigen Aufgaben eines West-Ost-Gespräches wertvoll ist.

Der amerikanische Präsident ist trotz seiner Machtfülle kein Diktator. Er ist durch das amerikanische System von Gegengewichten und Kontrollen (checks and balances) in seiner politischen Willensbildung so kontrolliert, daß es einer starken Persönlichkeit und eines gewiegten Taktikers bedarf, um sich durchzusetzen. Denn der amerikanische Parlamentarier ist ein eigenwilliger Charakter; er läßt sich nicht so leicht wie der Deutsche „auf Vordermann ausrichten“, einschüchtern und mit kleinen Tricks überlisten. In diesem Zusammenhang mag ein parlamentarisches Manöver als Zeichen dafür erwähnt werden, mit welcher Vorsorge der neue Präsident die Durchführung seiner Politik im voraus zu sichern versucht. Es handelt sich um das Brechen des konservativen Einflusses in der wichtigen „Haus-Regel-Kommission“, die praktisch jede Gesetzgebung blockieren kann. Der parlamentarische Sieg, den der Präsident, wenn auch mit geringer Mehrheit, errang, sichert ihm zwar keine Freiheit, aber räumt ein ernstes Hindernis für eine neue, auf Verständigung mit dem Osten zielende Politik aus dem Wege. Das Zentrum des amerikanischen politischen Lebens, die Quelle aller politischen Macht, ist, worauf unlängst Walter Lippman hinwies, die „enorme Majorität des Volkes“, das, was man in USA „the Great Public“ — groß geschrieben — nennt. Es hat eigenes Gewicht, unabhängig von Haus und Senat, neben und außer den Parteien, — ein Umstand von großer politischer Bedeutung und dem deutschen politischen Leben etwas völlig Fremdes, das statt dessen sich wie vor dem „Gott sei bei uns“ davor schützt, daß die Politik „in die Gasse gezerrt“ wird. Dieses Great Public wurde, wie Lippman erinnerte, vom Bürgerkrieg bis kurz vor dem ersten Weltkrieg von den Republikanern kontrolliert; die Demokraten kontrollierten es während der Depression bis zum Koreanischen Krieg. Dann hatte Eisenhower als Persönlichkeit, nicht als Parteimann, die Chance, es zu gewinnen und aus ihm und durch es eine neue republikanische Ära zu inaugurierten mit einer erneuerten Partei. Eisenhower verstand jedoch nicht die Chance wahrzunehmen. Ihm fehlten politische Erfahrung, Technik und Initiative. Wohl aber besitzt sie Kennedy und versteht die Wichtigkeit der Gewinnung dieses Fundamentes der politischen Macht. Das ist es, was hinter der Neuerung steht, die Pressekonferenzen des Präsidenten durch Television in jedes Haus zu bringen und the Great Public nicht nur an den wichtigen politischen Fragen teilnehmen zu lassen, sondern es für die Politik des Präsidenten zu gewinnen. Ein mutiges, aber auch risikoreiches Unternehmen, das sich indessen angesichts der nahezu unentschiedenen Wahl und Spaltung des „public“ als notwendig erwies. Keine der Parteien hatte die Kontrolle über es gewonnen. Dies nachzuholen ist eine entscheidende

Vorbedingung für eine erfolgreiche Politik. Ist damit eine neue politische Institution im Entstehen, eine zeitgemäße institutionelle Sicherung der politischen Macht und Autorität in der Entwicklung des amerikanischen Gemeinwesens zu einer pluresbistären Massendemokratie mit ihrer „charismatischen Führerpersönlichkeit“? Die Frage, ob es dieses Great Public der politischen Philosophie Amerikas noch gibt, ob nicht, wie Mills in seinem erwähnten Buch ausführt, vielmehr die amerikanische Gesellschaft mit ihrem Regierungssystem auf dem Wege zu einer Massendemokratie schon weit vorausgeschritten ist, wobei jene „power elite“ den Kern einer permanent herrschenden Elite darstellt, mag hier auf sich beruhen. Die Gefahr einer solchen Entwicklung sieht Kennedy; sein Bestreben ist offenbar, ihr entgegenzutreten und die Funktion des großen Publics wiederherzustellen und das politische Leben aus ihm und durch es zu erneuern. Aber noch ein sehr praktischer Grund liegt hinter JFK's Television-Presskonferenzen. Noch nie in den langen Jahren, während denen er den politischen Markt in Washington beobachtete, „ist ein so lang andauernder und absichtlicher Versuch, die Wahrheit zu unterdrücken, gemacht worden als während der letzten acht Jahre“, schrieb kürzlich Drew Pearson. Um die Bahn freizumachen für eine neue Politik, vor allem für eine neue Außenpolitik, muß der Präsident die die wirkliche Lage absichtlich verfälschenden Einflüsse ständig aufs neue wegräumen können. Auch in dieser scheinbar belanglosen Neuerung wird des Präsidenten Voraussicht und Umsicht erkennbar. Der Präsident kann damit rechnen, daß, wenn er in ernsthafte Verhandlungen mit Sowjetrußland eintritt, er seinen unmittelbaren persönlichen Einfluß auf das politisch noch ausschlaggebende Great Public ausüben kann und in entscheidender Stunde sein Gehör hat.

3.

Wird es zu solchen Verhandlungen kommen? Wird das Verhältnis der USA zu Rußland und umgekehrt sich von Grund auf ändern, oder wird sich, wie der Herr Bundeskanzler vom Verhältnis der Bundesrepublik zu Rußland prononciert als unabänderliche Tatsache feststellt, nichts ändern? Eins ist gewiß, wenn es unter Kennedy dazu nicht und nicht mehr bald kommt, wenn es nicht zu einer Verständigung auf breiter Basis zwischen West und Ost führt, dann ist die Atomkatastrophe menschlichem Ermessen nach unvermeidlich. Es ist die letzte Chance zur Beilegung eines Konfliktes, der im Grunde längst jeden Sinn verloren hat, da die Entwicklung der Wissenschaft und Technik dazu geführt hat, daß, wie vor Jahrzehnten schon Ernst Jünger es voraussah, nur noch in einer Richtung gewollt werden könne. Den Willen zur Verhandlung hat der neue Präsident beredt und sichtlich in voller Aufrichtigkeit, in Sorge um das Schicksal der ganzen Menschheit und im Bewußtsein der notwendigen Opfer, die dafür gebracht werden müssen, bekundet. Verhandlungen nicht mehr auf der Basis des einseitigen Zurückdrängens der Machtsphäre des einen Verhandlungspartners, sondern auf Grund von Konzessionen auf beiden Seiten. Er hat die Vorbedingungen dafür geschaffen, daß die Verhandlungen nicht, wie in der Frage der Rüstungskontrolle und -beschränkung, durch einseitige Interessenvertretungen gestört oder torpediert werden. Es wird sich kaum wiederholen, was unter Eisenhower dem seinerzeitigen Abrüstungskommissar mit Kabinettrang Harold Stassen geschah: daß wohl erwogene, den Russen auf halbem Wege entgegenkommende Vorschläge jedesmal, wenn Fortschritte erzielt wurden, von dem im Pentagon damals herrschenden Extremistenblock sabotiert wurden. Der von Präsident Kennedy zum neuen wissenschaftlichen Berater ernannte Physiker J. B. Wiesner hat erst unlängst erklärt, wenn die amerikanischen Führer wirklich für eine Abrüstung seien und der Kongreß sie billige, so würden die technischen Probleme (wie Inspektion) sich sozusagen von selbst lösen. Mit anderen Worten, nicht

die technische Seite der Abrüstung macht Schwierigkeiten, sondern allein die politische. Deswegen können diese Probleme nicht von der technischen Seite in Angriff genommen werden, sondern nur von der politischen. Der Wille zur Verständigung ist das erste; alles andere ist zweitrangig. Indem man die technischen Schwierigkeiten in den Vordergrund rückt, bemäntelt man nur den fehlenden Willen, an die eigentliche Sache heranzugehen. Man kann auch die verschiedenen Aspekte des Rüstungsproblems nicht als gesonderte Themen behandeln. Eine Kontrolle der Atomwaffen ist ohne eine allgemeine Waffenkontrolle und ohne Vereinbarungen über die Stärke der sonstigen Rüstungselemente undenkbar. Mit jeder Einzelheit ist das ganze Problem gestellt. Darauf hat erst unlängst der bekannte englische Physiker Sir C. P. Snow hingewiesen. Kennedy hat als sein erstes und vornehmstes Ziel bekannt, die Gefahr eines Atomkrieges zu bannen. Er hat darauf hingewiesen, daß diese Gefahr täglich wächst. Das Ziel schließt eine allgemeine Abrüstung ein. Kommt es dazu nicht bald, so werden (wie United Press berichtet) binnen kurzem nicht weniger als zehn Nationen Atombomben und -raketen haben, womit das Schicksal der Menschheit besiegelt sein dürfte. Die Abrüstung ist bisher daran gescheitert, daß der Westen von Rußland verlangt, seine Territorien einer Inspektion durch internationale Kommissare zu öffnen, ohne als Äquivalent dafür mehr als bloß eine Abrüstungsprobe anzubieten. Mit solchen Verhandlungsmethoden kann keine Verständigung erzielt werden. Wenn die Russen einer Inspektion zustimmen sollen, die die Ware liefert, so müssen sie auch mehr als eine bloße „Zeichen-Abrüstung“ erlangen. Kennedy ist sich über diese Zusammenhänge klar. Er ist hier ebenso willens, dem Übel auf den Grund zu kommen, wie in der Innenpolitik, und bereit, von neuen Ausgangspunkten in richtiger Einschätzung der tatsächlichen Lage an ernsthafte Verhandlungen heranzutreten. Es ist dabei wohl möglich, daß er die Sache von einem ganz anderen Winkel aus anpackt als bisher, etwa von dem der vorgeschobenen Militärbasen und ihrer Zurückziehung. Er wird sich durch die starken Widerstände im Pentagon von bloßen Maßnahmen nicht abschrecken lassen, wenn sie im Interesse der Erleichterung von Abrüstungsverhandlungen geboten erscheinen. Eine an sich, um der besseren Vorbereitung der neuen Administration für einen fruchtbaren Zugang zu den Problemen sehr notwendige Verhandlungspause ist wegen der akuten Dringlichkeit der ganzen Materie nicht möglich. Das alte Verhandlungspaket noch einmal anzubieten, wäre absurd; improvisieren ist in solchen Entscheidungen auf Leben und Tod nicht möglich. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, eine vorläufige Verständigung im Gespräch der Spitzenpersönlichkeiten herbeizuführen, zu dem offenbar bis vor kurzem der Präsident auch bereit war.

Gegenüber den Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrollen, deren Lösung eine unerläßliche Voraussetzung der Erhaltung der Menschheit und eines gesicherten Friedens ist, treten alle anderen außenpolitischen Probleme in ihrer Bedeutung zurück, auch die Berlin-Frage und die Regelung des deutschen Schicksals. Es ist falsch und mutet geradezu naiv an, wenn in der Bundesrepublik immer noch die Politik an ein „Junktum“ zwischen Abrüstung und „Wiedervereinigung in Freiheit“ glaubt. Wenn der Bundeskanzler von einer „kontrollierten“ Abrüstung als dem Mittel spricht, durch das die Wiedervereinigung erreicht werden würde, so zeigt das nur, daß der Kanzler die wirkliche Lage noch immer nicht erkannt hat oder anerkennen will. Wie er vor dem Vorstand der Vereinigten Landsmannschaften der abgetrennten Gebiete ausführte, erscheint die Lage so, als ob mit gutem Zureden schließlich und endlich auch Chruschtschow „es sicher gerne sehen (würde), wenn durch eine allgemeine kontrollierte Abrüstung Sowjetrußland eine Entlastung erfahren würde“. Auf einem so kindlichen Niveau

werden sich die Verhandlungen gewiß nicht abspielen! Die Abrüstung ist ein Komplex von Fragen, an deren Lösung beide Mächtegruppen und mit ihnen alle Nationen das gleiche vitale Interesse nehmen. Die gegensätzlichen Anschauungen über Lösung und Sicherung müssen innerhalb dieses Fragenkomplexes allein gegeneinander aufgewogen und kompensiert werden. Die Bereitwilligkeit, abzurüsten, ist nicht schon eine Konzession der einen an die andere Machtgruppe, die sie zum Empfang von solchen auf anderen politischen Gebieten berechtigt. Wohl aber ist eine Einigung, wenn auch eine vorläufige, die Voraussetzung für die Beseitigung weiterer Streitfragen zwischen den Westmächten und den kommunistischen Ländern. Es gibt eine lange Liste solcher Fragen. Zu einigen hat sich Kennedy geäußert. Bei anderen, besonders brennenden hat er sich in Schweigen gehüllt. Er hat weder die Berliner Frage noch das deutsche Gesamtproblem in seinen Reden gestreift, zum Erstaunen und Unwillen einiger bundesdeutscher Blätter, zur Besorgnis der Bundesregierung. Gewiß sind Berlin und Deutschland gefährliche Probleme, die zu einer Katastrophe führen können; aber sie sind es nur so lange, als sich die Mächte bis an die Zähne bewaffnet im Wettlauf um einen Vorsprung in den totalen Zerstörungsmitteln einander gegenüberstehen. Ist diese Lage beseitigt, so besteht in der Beurteilung beider Mächtegruppen keine Schwierigkeit mehr, den deutschen Fragenkomplex in einem den beiderseitigen Interessen dienenden Sinne zu lösen, auch wenn solche Lösungen nicht den nationalen Wünschen Deutschlands entsprechen sollten. Die Erklärung für das Schweigen ist somit einfach. Der Präsident ist sich der Rangordnung der Probleme wohl bewußt. Er weiß, daß keines der politischen Probleme lösbar ist, wenn es nicht zu einer großen, tragfähigen Verständigung zwischen USA und UdSSR kommt, und daß eine solche zuerst auf dem Boden der Rüstungsprobleme gesucht werden müsse. Ist eine solche Verständigungsbasis gefunden, dann gelingt es am besten im rein pragmatischen Prozeß des Aushandelns konkreter Vorschläge, eine Lösung zu erarbeiten, nicht von einem im voraus festgelegten Programm aus. Alle Fragen enthalten eine gewisse Toleranz von Lösungsmöglichkeiten, auch die Regelung des Schicksals Berlins. Sich im voraus festzulegen, erschwert das Verhandeln, aber erleichtert es nicht. Es wäre daher gut, wenn die bundesdeutsche Republik mehrere Lösungsmöglichkeiten durchdenken würde, statt sich mit der ihr eigenen doktrinären Sturheit und steriler Bockbeinigkeit auf eine einzige Lösung zu kaprizieren. Nur so kann sie noch als mitbeteiligter Partner am Gespräch teilnehmen und bei der Regelung des deutschen Schicksals auf Gehör rechnen. Verharrt sie bei ihrem jetzigen ideenlosen Festhalten an Illusionen, dann wird sie als *quantité négligeable* beiseite geschoben und ihr eine Lösung mit derselben harten Hand auferlegt werden, ob sie will oder nicht, wie kürzlich die Zahlung des Milliardenbetrages. Der Präsident ist völlig unsentimental; er wird es auch in der Regelung der deutschen Frage bleiben! Es steht auch außer Frage, daß Kennedy sie nicht ausschließlich, wie das bisher der Fall war, vom Standpunkt der militärischen Sicherheit als ein Element der amerikanischen Strategie in militärischen Kategorien beurteilt, sondern als ein politisches Problem, das seine spezifische Bedeutung im Rahmen der Politik einer bestimmten Völkergruppe hat.

Auf einige Problemkreise muß indessen hingewiesen werden, weil sich hier Symptome einer erneuten Zuspitzung der Lage zeigen, die die Hoffnungen auf eine Verständigung der Großmacht-Blöcke unter Führung des neuen amerikanischen Präsidenten in jüngster Zeit erheblich herabgestimmt haben. Das chinesische Problem bleibt weiter einer der ernstesten möglichen Anlässe eines Krieges. Man darf zwar zu gegebener Zeit auf eine Änderung in der bisherigen China-Politik und mit dem möglichen Eintritt Pekings in die United Nations rech-

nen, sofern diese nicht infolge der neuen Verwicklungen jede Bedeutung verlieren sollten. Die Änderung der amerikanischen China-Politik wird auch hier von dem Verlauf von Abrüstungsverhandlungen und davon abhängen, ob und wie China in das Rüstungskontrollsystem einbezogen werden kann. Präsident Eisenhower hat anlässlich seines Abschiedes von dem neuen Präsidenten verlauten lassen, daß er im Falle einer Änderung der China-Politik offen gegen Kennedy Stellung nehmen und aus seiner sonstigen Reserve heraustreten würde, eine Warnung, die die Lösung dieser Frage nicht leichter macht. In der Hemisphären-Politik Kennedys heben sich Züge ab, deren Folgen noch nicht recht abzuschätzen sind. Die neue Politik ist hier auf eine engere Verflechtung der politischen und wirtschaftlichen Interessen gerichtet. Panamerika wird nicht eine lose Staatengemeinschaft bleiben, sondern nach Formen einer engeren vertraglichen Bindung als eine Art Subföderation suchen, mit gleichgerichteter Außenpolitik. Die Kooperation der USA mit den lateinamerikanischen Nationen soll sich künftig nicht auf Subventionen, Kapitalinvestierungen oder Spenden an Notleidende beschränken. Eine neue politische Konzeption ist im Werden. Die bisherige Doktrin der „Non-intervention“ wird für nicht ausreichend gehalten, um die Interessen der Hemisphäre als ein Ganzes zu sichern. Das ist zwar nicht Rückkehr zu der ehemaligen hochhändigen und verhaßten Politik des „Yankee-Imperialismus“, aber doch der Wille, in einer noch nicht ersichtlichen Form für USA einen stärkeren Einfluß auf Außen- wie Innenpolitik der lateinamerikanischen Nationen zu sichern; allerdings auch mit größerer Verpflichtung ihnen gegenüber. Die USA werden sich hier als Vormacht gegen jede Einflußnahme anderer Mächte aufs schärfste zur Wehr setzen.

Wird man hier erst künftig mit ernsteren Schwierigkeiten rechnen müssen, so ist Afrika gegenwärtig zu dem Problem geworden, an dem nicht nur die Hoffnungen auf eine Entspannung vereitelt werden können, sondern an dem es in der unausbleiblichen Steigerung von „Buschfeuer-Kriegen“ über umfassendere Gewaltaktionen schließlich zum Atomkrieg kommen kann. Die Einzelheiten des Kongokonfliktes müssen hier unerörtert bleiben. Sie sind aus der Tagespresse jedem gegenwärtig. Die amerikanische Afrikapolitik ist unter Eisenhower nicht glücklich gewesen, um das mindeste zu sagen. Man wird bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage nicht vergessen dürfen, daß die Vereinigten Staaten es unterlassen hatten, gelegentlich der Abstimmung über den Kolonialismus in den United Nations letzten Herbst gegen ihn zu stimmen. Obwohl State-Department und amerikanische UN-Delegation für ein offenes Bekenntnis gegen den Kolonialismus waren, entschied sich Eisenhower auf Intervention des englischen Premiers MacMillan für Stimmenthaltung. Man wird auch nicht vergessen, wie die Eisenhower-Administration die Bitte des souverän gewordenen Guineas um Hilfe unbeantwortet gelassen hatte. Wenn dieses Land sich dann an Rußland wandte und von den Sowjets prompt reichlich Hilfe bekam, so werden die USA die Schuld für die Einflußnahme Rußlands auf diesen jungen Staat sich selbst, nicht aber „kommunistischen Intrigen“ zuzuschreiben haben. Sich mit der belgischen Kolonialpolitik und ihren gegenwärtigen Nachwehen auch nur von ferne zu identifizieren, müßte die politischen Absichten der USA bei den afrikanischen Völkern suspekt machen. Wie der Kongo einst der Weltskandal des Kolonialismus des 19. Jahrhunderts gewesen ist, so endet er im Sumpf von Intrigen der Geschäftsinteressen und Korruption. Man erinnere sich, daß es das Aufsehen erregende Buch des später als Führer der Iren von den Engländern gehängten Sir Roger Casement war, auf das hin der skandalös ausgenutzte Privatbesitz des smarten Belgierkönigs Leopold II. belgische Staatskolonie wurde. Was das nicht aus reinen Motiven von Belgien frei gegebene Kolonialreich an Versuchun-

gen für politische und ökonomische Freibeuter aller Art darstellte, rief nach Intervention und Kooperation der Mächte, die Ordnung hätten stiften können, so wie sie es vor wenig mehr als hundert Jahren mit der Gründung und Neutralisierung dieses sonderbaren Staatswesens Belgien unter den Coburgern aus der Zusammenfügung strittiger Territorien getan hatten. Statt dessen ist hier ein undurchdringlicher Dschungel von Korruption, Interessen, von politischen Intrigen aufgewachsen, der nicht weniger zum Himmel stinkt als die Sklavenwirtschaft des vollbärtigen Freundes des Cléo de Mérode. Ob und in welchem Maße sich die United Nations unter ihrem Generalsekretär in diesen Dschungel haben hineinziehen lassen, ist in dem Zwielicht, in dem die Vorgänge von allen Beteiligten gehalten wurden, nicht zu erkennen. Es geht nicht um Lumumba, es geht um die Frage, ob Afrika als eine selbständige Zone, als eine neutrale Zone aus dem Machtkampf der Weltmachtblöcke herausgehalten werden kann, oder ob der Kontinent aufs neue unter den Mächten als Interessengebiet aufgeteilt werden solle. Die für Amerika vorgezeichnete politische Linie ist klar. Die Vereinigten Staaten können sich, aus Gründen ihrer Tradition und politischen Philosophie, nur für die Eigenständigkeit, Freiheit und Neutralität Afrikas einsetzen, für die definitive Befreiung der afrikanischen Gebiete von jeder Vorherrschaft durch andere Staaten, in welcher Form auch immer. Ihre Politik wird nur glaubhaft, wenn sie in Kooperation mit Sowjetrußland geschieht, wenn Amerika selbst auf besondere Vorteile und Vorrechte der Einflußnahme verzichtet, wenn es selbst nicht eine neue ökonomische Form der Vorherrschaft erstrebt. Es kann dies alles nur, wenn es nicht, wie unter Eisenhower, um der Verbindung mit England, Frankreich und der Rücksichtnahme auf Belgien willen Kompromisse mit Bestrebungen der alten Kolonialmächte schließt, ihren Einfluß auf neue Weise zu befestigen. Das hätte auch den Bestrebungen der Gliedstaaten der NATO gegenüber zu gelten, die dieses Militärbündnis nach den Ideen Spaaks, gebilligt von Adenauer, als Basis für eine neue „Großraumpolitik“ zu nutzen wünschten.

In dem Augenblick nun, in dem die amerikanische Politik unter dem neuen Präsidenten im Begriff steht, die Wendung zu einer konsequenten anti-kolonialistischen Politik zu vollführen, bricht die lange schwelende Flamme hell aus und verhindert eine andernfalls vielleicht mögliche Verständigung USAs mit der Sowjetunion über die Zukunft Afrikas. Präsident Kennedy hat die künftige amerikanische Afrikapolitik auf die Linie ausgerichtet, die er 1957 in einer Rede im Senat dargelegt hatte. Damals erklärte er sich für die Unabhängigkeit Algeriens. In folgerichtiger Entwicklung ist er nunmehr willens, sich ohne Rücksicht auf Belgier, Portugiesen, Südafrikaner, Franzosen oder Engländer für die Unabhängigkeit der afrikanischen Völker einzusetzen und Amerikas und Westeuropas wirtschaftliche Kräfte für die Entwicklung dieser aufstrebenden Gebiete aufzurufen. Zweifelhaft ist es, ob die neue amerikanische Politik die Konsequenz dieses ihres Umsturzes der bisherigen Afrikapolitik erkannt hat. Durchgeführt kann sie nur werden unter der Ägide der United Nations, wenn sie nicht als amerikanischer Neo-Imperialismus aufgefaßt werden soll. Wird sie aber unter den Auspizien der United Nations in Angriff genommen, so kann Sowjetrußland von der Mitwirkung im Aufbau dieses Kontinentes nicht ausgeschlossen werden. Andernfalls werden die United Nations zum Instrument einer einseitigen westlichen Politik. Amerika wird auch das Ziel fallen lassen müssen, die afrikanischen Völker ausschließlich in den Geltungsbereich der Gesellschaftsordnung und der politischen Philosophie des Westens bringen zu wollen. Mit anderen Worten, eine friedliche Ordnung Afrikas kann nur im Rahmen der Neutralisierung dieses Kontinentes erfolgen. Afrika muß zu einer neutralen Zone und zugleich zu einem Aufgabengebiet der kontrollierten Kooperation des We-

stens und Ostens werden. Solange die zwingende Notwendigkeit einer solchen Lösung nicht eingesehen wird, muß Afrika der Erisapfel bleiben, Unfrieden stiften und binnen kurzem zu Katastrophen oder zu dem Anfall des Kontinents an den Osten führen.

Es sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die neue Administration das Problem so sieht. Man muß vielmehr annehmen, daß Amerika entschlossen sei, Afrika als ausschließlich in den Bereich des Westens gehörig zu behandeln. In solchem Zusammenhange muß auch der fast zum Abbruch der Beziehungen führende Konflikt über die United Nations gesehen werden, über den Präsident Kennedy in seiner vierten Pressekonferenz eine ernst gefaßte politische Erklärung abgegeben hat. Ob die politische Explosion der Sowjets über die Tätigkeit des Generalsekretärs der United Nations notwendig war, ob nicht auf andere Weise der Sache des Friedens besser gedient gewesen wäre, sei dahingestellt. Aber der sowjetische Standpunkt, daß die United Nations in ihrer gegenwärtigen Verfassung und Struktur für die ihr bei einer Verständigung der Weltmachtblöcke zufallenden erweiterten Aufgabe nicht ausreichen, kann in seiner Richtigkeit nicht bestritten werden. Die Westmächte werden sich darüber klar sein müssen, daß die United Nations nicht als ein Instrument westlicher Politik verwandt werden können, wenn sie die große Zukunft haben sollen, die ihnen nach dem Bekenntnis des neuen Präsidenten der USA zukommt. Ihre Verfassung ist nichts Endgültiges; sie muß sich dem Wachstum der politischen Realität anpassen. Sie muß gegenwärtig den drei machtpolitischen Tendenzen paritätisch auch in ihrer Exekutive Rechnung tragen, denen des Westens, des Ostens wie der Neutralen. Nur so können sie Funktionen ausüben, die über die eines öffentlichen Sprechsaales und einer Plattform für Propaganda hinausgehen. Der jetzt akut gewordene Konflikt wird zu einer Entscheidung über die Alternative führen, ob die United Nations sich in einen westlichen und östlichen Block aufspalten sollen, um damit den Abgrund zwischen den beiden Machtgruppen noch tiefer zu machen und die Polarisierung der politischen Macht zu ihrem Ende zu führen, — oder ob eine Reform in Angriff zu nehmen sei, wobei die Person des Generalsekretärs eine Nebenfrage, seine Funktion und Prärogativen aber allerdings eine Hauptfrage sein werden. Es genügt nicht, sich für die United Nations zu bekennen, man muß auch ihre Funktion verstärken helfen, das ausgleichende Organ im Widerstreit der Interessen und Ideologien zu sein. Ob angesichts der Heftigkeit des Konfliktes noch Möglichkeiten zu einem besonnenen Einlenken bestehen, um die letzten Alternativen zu wählen, ist zweifelhaft. Der heftigen Sprache der Sowjets treten bereits amerikanische Pressestimmen zur Seite, die den Ausschluß der Sowjetunion aus den United Nations fordern. Präsident Kennedy sieht offenbar die Lage für so gespannt an, daß er, einer Äußerung auf seiner letzten Pressekonferenz zufolge, mit einem Abbruch der Beziehungen zwischen Westen und Osten rechnet, auch wenn er betont, zu einem Gespräch nach wie vor bereit zu sein, solange die Beziehungen die Möglichkeit dazu geben.

Es waltet ein eigener Unstern über den Versuchen, zu einer Entspannung der Lage zu gelangen. Dem U-2-Vorfall mit dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz folgten am Beginn einer verheißungsvollen neuen mutigen Politik des amerikanischen Präsidenten die Kongo-Affäre und die akute Krisis der United Nations. Der Leser dieses Artikels wird fragen, ob somit die Ausführungen über die neue Politik in Amerika nicht zu günstig urteilen, ob man nicht vielmehr als den eigentlichen Kern der neuen Politik die Verstärkung der Widerstandskraft des Westens und die nationale Disziplinierung des amerikanischen Volkes sehen muß, statt einer Verständigung mit Sowjetrußland. Er wird auf die Politik hinweisen, für die die NATO die Basis ist. Präsident Kennedy hat soeben, „ernstlich besorgt“

durch die Kongokrise, eine Schlüssel-Konferenz der NATO ankündigen lassen, in der über eine Verstärkung der Organisation angesichts der wachsenden Spannung mit Rußland beraten werden solle, und das Weiße Haus teilt mit, daß der Präsident den kürzlich zurückgetretenen Generalsekretär der NATO, Spaak, empfangen wird. Die neue Administration hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die amerikanische Außenpolitik, was Europa anlangt, durch das Rahmenwerk der NATO bestimmt und eine auf Partnerschaft gegründete Politik ist. Kennedy hat keine Absicht verlauten lassen, daß an diesen Grundlagen der Politik etwas geändert werden solle. Welcher Raum besteht damit für politische Verhandlungen über das Schicksal Berlins, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Absetzung ost- und zentraleuropäischer Nationen aus dem unmittelbaren Machtbereich der Sowjets, für die Zurückziehung von Militärbasen, für den Beginn einer Rüstungsbeschränkung, für eine atomwaffenfreie Zone in Zentraleuropa? Hat sich in der Lösbarkeit dieser Frage überhaupt etwas geändert? Ist nicht die Ernennung des ehemaligen Staatssekretärs Dean G. Acheson zum Vorsitzenden einer Beratungsgruppe, die die Mittel einer Stärkung dieses Bündnisses studieren soll, Anzeichen genug, daß die amerikanische Politik im wesentlichen die alte bleiben wird?

Wenn dieser Artikel trotz solcher Symptome die Meinung vertritt, daß die Politik Kennedys eine Wendung darstellt, die von der vollen Erkenntnis der Notwendigkeit einer Verständigung mit Rußland veranlaßt ist und in einem solchen das Hauptvorhaben sieht, so geschieht das mit allem Vorbehalt in dem Sinne, daß es sich um den Beginn einer solchen Wendung und nicht um eine schon in allen Punkten vollzogene handelt. Ob es zu einer vollen Abklärung vor allem in der Erkenntnis der Wichtigkeit neutraler Zonen kommen wird, das wird zu einem großen Teil von der Politik der Sowjetunion abhängen. Werden Kennedy außenpolitische Erfolge in der Richtung auf konkrete Anfänge einer beiden Seiten dienenden Verständigung versagt, so ist eine rückläufige Entwicklung der amerikanischen Politik nicht zu vermeiden. Dann wird aber auch aus dem nationalen Aufbruch des amerikanischen Volkes das Gegenteil dessen werden, was Kennedy als innerpolitisches Ziel vorschwebt: statt einer Erneuerung aus dem Geist der „permanenten“ amerikanischen Revolution wird eine amerikanische Art des Faschismus ans Tageslicht kommen, eines gewiß sehr respektablen und gemäßigten und moralischen, unter der Ägide der Power Elite, aber immerhin mit allen bekannten innen- wie außenpolitischen Folgen einer solchen gegenrevolutionären Bewegung. Über die Möglichkeiten einer solchen Entwicklung wäre noch manches zu sagen, aber es genügt hier, eine Warnung auszusprechen. Es ist kaum zuviel gesagt, wenn man Kennedys Politik als den letzten möglichen Versuch, das Unheil einer dritten und endgültigen Weltkatastrophe zu verhindern, auffaßt. Scheitert er, dann gibt es für den Westen nur noch die Alternative Kapitulation oder Atomkrieg! Das bedeutet aber, daß die Kennedy'sche Politik nur Erfolg haben kann, wenn sowohl er den Gegner in einem der vielen Probleme nicht zu einer Kapitulation zu zwingen versucht, als auch er nicht vor eine solche gestellt wird.

Was schließlich die deutsche Bundesrepublik anlangt, so hat sie angesichts der neuen Schwierigkeiten und der noch in den Anfängen steckengebliebenen Wendung der amerikanischen Politik immer noch eine Chance, einen selbständigen Beitrag zu der Verständigung zu leisten und damit für das deutsche Volk einen freieren Raum eigener politischer Entfaltung zurückzugewinnen. Was könnte in solcher Lage ein wirklich befähigter politischer Kopf und starker Wille an der Spitze erreichen! Was könnte das deutsche Volk politisch gewinnen, wenn seine Parlamentarier sich nicht nur willig, wie unter Hitler, auf Vordermann ausrichten oder ihrem politischen Sektierertum als die Adepten einer „Weltanschau-

ung“ die Zügel schießen ließen und das Volk selbst nur einen Bruchteil der Unabhängigkeit des Urteils und des Mitverantwortungsgefühles der Amerikaner besäßen! Von der bundesdeutschen Regierung ist kein „Mut zu einer neuen Politik“ zu erwarten; aber will das deutsche Volk hinter der Fahne der Sicherheit und mit der Parole, „zu halten, was es hat“ in die Abdankung als geschichtsbefugte Nation schreiten? Das große Paradoxon dieser Zeit ist: je sicherer man zu werden strebt, desto ungesicherter wird man! Und die Parole, mit der die Freiheit untergeht, ist die Verteidigung der Freiheit mit allen Kosten, selbst auf Kosten der Freiheit!

James P. Warburg

Die USA, Deutschland und die NATO

Der amerikanische Bankier und Politiker James P. Warburg (vgl. Heft 2/61) hielt am 10. Februar 1961 in Albany, N. Y., vor dem State University College of Education and to the World Affairs einen Vortrag über die grundsätzlichen Probleme der amerikanischen Außenpolitik. Wir veröffentlichen im folgenden den deutschen Text des zweiten, das Deutschland-Problem behandelnden Teiles dieser Ausführungen, die uns der Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. D. Red.

Hinsichtlich der Ereignisse in Deutschland habe ich meine 1947 öffentlich zum Ausdruck gebrachte Auffassung nicht geändert: damals warnte ich vor den Konsequenzen der Schaffung eines westdeutschen Separat-Staates. Es war meiner Meinung nach völlig logisch, die drei vereinigten westlichen Besatzungszonen in das Europa-Hilfsprogramm einzubeziehen, aber sowohl unnötig als auch unklug, eine gesonderte westdeutsche politische Einheit zu schaffen. Man brauchte kein Prophet zu sein, um vorherzusehen, daß in diesem Falle die Russen zurückschlagen, ihre eigene Zone zu einem kommunistischen Satellitenstaat machen und damit die Teilung Deutschlands einfrieren lassen würden. Man brauchte ebenso wenig ein Hellseher zu sein, um vorauszusehen, daß jener Aktion sehr bald ein Versuch folgen würde, die Westmächte aus Berlin herauszuwerfen. Dieses Bemühen wurde, wie Sie wissen, durch die berühmte Luftbrücke nach Berlin vereitelt; aber Sie wissen auch, daß diese Zurückweisung das Problem der Aufrechterhaltung einer westlichen Enklave im Herzen des ostdeutschen kommunistischen Staates nicht gelöst hat. In der Tat, das Problem Berlin ist bis heute eine der dornigsten Angelegenheiten im Kalten Krieg geblieben.

Der tschechoslowakische Staatsstreich und die Berlin-Krise führten 1949 zur Gründung des nordatlantischen Vertrages (NATO), in dem die Vereinigten Staaten zum ersten Mal in ihrer Geschichte sich bedingungslos auf die Verteidigung Westeuropas festlegten. Ich war für diese Bindung, obgleich ich die damals vorherrschende Furcht vor einem militärischen Angriff der Sowjets auf Westeuropa nicht teilte, außer wenn Europa vorher durch politische Unterwanderung aufgeweicht und in Asien und im mittleren Osten überflügelt wäre. (Gegen die erste dieser Gefahren schien mir der Marshall-Plan das geeignete Mittel; für das richtige Gegenmittel gegen die andere Gefahr hielt ich eine eher an Asien als an Europa orientierte amerikanische Politik in Asien und dem Mittleren Osten.) Nichtsdestoweniger, da die Furcht vor einer militärischen Invasion in Westeuropa